



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Argentinien

2024

**Die Zahl der Femizide und der Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt war nach wie vor sehr hoch, dennoch wurden Unterstützungsleistungen für Betroffene gekürzt. Journalistinnen waren digitaler Gewalt ausgesetzt. Neue Rechtsvorschriften legalisierten Maßnahmen zur Massenüberwachung. Öffentliche Demonstrationen wurden immer häufiger unterdrückt.**

### **Recht auf friedliche Versammlung**

Seit dem Regierungswechsel im Dezember 2023 sind in Argentinien großflächige Demonstrationen gegen Haushaltskürzungen und die Aushöhlung der Menschenrechte ausgebrochen. Vor diesem Hintergrund wurden einige sehr bedenkliche Vorschriften erlassen, die Demonstrierende kriminalisieren und die rechtswidrige Anwendung von Gewalt gegen sie zulassen. Die Polizei hat bereits auf mehreren Protestveranstaltungen unnötige und übermäßige Gewalt gegen Demonstrierende eingesetzt.

Am 1. Februar 2024 fand eine friedliche Protestveranstaltung gegen eine Gesetzesvorlage statt, die staatliche Sparmaßnahmen vorsah. Als die Polizei Gummigeschosse gegen die Demonstrierenden einsetzte, wurde Matías Aufieri getroffen und erblindete in der Folge auf dem linken Auge.

Am 12. Juni 2024 wurden 33 Menschen während eines Protests gegen eine neue Version derselben Gesetzesvorlage willkürlich inhaftiert. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission verurteilte Kommentare der Behörden, in denen Demonstrierende stigmatisiert, kriminalisiert und als "Terrorist\*innen mit Putschabsicht" bezeichnet wurde. Aus öffentlich einsehbaren Quellen geht hervor, dass die Polizei bei ihrem Einsatz rechtswidrig Gebrauch von "weniger tödlichen" Waffen wie chemischen Reizstoffen und Gummigeschossen machte, was dazu führte, dass zahlreiche Menschen unnötigerweise verletzt wurden und medizinisch versorgt werden mussten.

Amnesty International hat zudem die Fälle von Santiago Adano, Juan Ignacio Spinetto und Camila Juárez Oliva dokumentiert, die vor bzw. nach der Demonstration in einiger Entfernung vom Veranstaltungsort festgenommen wurden. Hierbei handelt es sich möglicherweise um willkürliche Inhaftierungen.

### **Straflosigkeit**

Die Exekutive ordnete die Auflösung einer Sonderermittlungseinheit an, die mit der Suche nach Kindern beauftragt war, die ihren Familien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 weggenommen worden und dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen waren.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte befand, dass Argentinien keine hinreichenden Maßnahmen ergriffen hatte, um den Angriff auf das Gemeindezentrum der *Asociación Mutual Israelita Argentina (AMIA)* am 18. Juli 1994 in Buenos Aires zu verhindern. Zudem erklärte der Gerichtshof, dass Argentinien seiner Verpflichtung, den Angriff und dessen Verschleierung mit der gebotenen Sorgfalt zu untersuchen, nicht nachgekommen war und gegen das Recht auf historische Wahrheit verstoßen hatte.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/argentinien-2024>

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/argentinien-friedliche-protestierende-kriminalisiert-2024-06-21>